

# Abzug muss bis 2015 möglich sein

Zivilen Aufbau beschleunigen: SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold über Afghanistan

„Wir müssen bis in fünf Jahren eine zentrale Staatlichkeit in Afghanistan haben!“ Dies sagte gestern Rainer Arnold (SPD), der auch Obmann des Kundus-Untersuchungsausschusses ist, bei einer Parteiveranstaltung.

JÜRGEN HERDIN

**Reutlingen.** Er ist ein viel beschäftigter Mann in diesen Tagen, nahm sich aber gestern doch fast zwei Stunden Zeit, um die SPD im Eninger Naturfreundehaus zu besuchen, auch wenn ihn sein Navi im Auto zunächst zum Lindenhof statt zum Lindenplatz geführt hatte: Der SPD-Verteidigungsexperte und Obmann im „Kundus“-Untersuchungsausschuss, Rainer Arnold, berichtete über die Lage in Afghanistan und über die deutsche Präsenz am Hindukusch.

Auf den 59-jährigen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nürtingen sind zurzeit die Fernsehkameras republikweit ebenso häufig gerichtet, wie auf seinen Wahlkreisnachbarn Ernst-Reinhard Beck (64) von der CDU. In diesen Wochen sind die ausgewiesenen Sicherheitsexperten als jeweilige Obleute ihrer Fraktion Gegenspieler im Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Es geht um die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministers



Rainer Arnold (SPD) bei seinen Eninger Parteifreunden: Es gab viele Fragen zur Präsenz deutscher Militärs und Polizisten in Afghanistan. Foto: Jürgen Herdin

Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) im Zusammenhang mit dem von einem deutschen Oberst angeforderten Luftangriff auf zwei Tanklaster in Afghanistan – der 142 Opfer forderte, darunter viele Zivilisten. Da-

bei stützt Beck Guttenberg – und Arnold versichert: „Der Lack Guttenbergs bröckelt deutlich.“ Er suche nun „weiter Sündenböcke, auf die er seine eigene Verantwortung abschieben kann“, rügt Arnold. Der

Minister habe zwei Mitarbeiter „in einer stillen und würdelosen Weise in die Wüste geschickt“, sagte Arnold. Im Ausschuss gehe es manchen zunehmend um den Vorwurf des Verschleierns und Verschleppens beim Versuch der Aufklärung des tödlichen Luftschlags bei Kundus. „Sicher ist, dass der Minister sich schlecht beraten und nicht ausreichend informiert sah“, hatte Beck am Freitag der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Arnold und Beck waren schon häufig in Afghanistan, auch gemeinsam. Im Raum steht die Frage, wie lange die militärische Präsenz noch dauern soll. Arnold macht aus seinem Herzen keine Mördergrube: Er steht zu diesem Einsatz, auch zur Arbeit deutscher Polizisten, die in Afghanistan Führungspersonal ausbilden sollen. Das deutsche Polizeikontingent dort solle nun verdoppelt werden. Entgegen vieler Unkenrufe hätten sich nun aber sehr viel mehr Polizeibeamte für diese Einsätze beworben als zunächst erwartet, weiß Arnold.

Schon 1989 habe es schwere Anschläge der Taliban gegeben, und die USA bombardierten damals schon Terrorcamps, sagte Arnold. Nach den Anschlägen in New York im September 2001 sei die Nordallianz gefragt gewesen, auch die Bundeswehr beteiligte sich fortan am Kampf gegen den Terror. Man sei zusammen mit 43 Staaten einer-

seits dort aktiv, um der afghanischen Bevölkerung beizustehen. Insgesamt gibt Deutschland für seine militärische Präsenz im Ausland pro Jahr rund 700 Millionen Euro aus. Auch gelte es das benachbarte Pakistan zu schützen, das ebenfalls bedroht sei. „Und das ist immerhin eine Atom-Macht.“

Derzeit seien von 400 Distrikten in Afghanistan 80 in Taliban-Hand, beschreibt Arnold den Fortschritt. Und auch die Aufbauhilfe trage Früchte. Um die 80 Prozent der Menschen hätten jetzt Zugang zu medizinischen Einrichtungen, „wir bauen Straßen, es gibt ein deutsches Hebammen-Internat sowie neue Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft“, so Arnold.

„Wir werden es dort keine 15 Jahre mehr aushalten“, sagt Arnold, der fünf Jahre als realistische Perspektive sieht. „Bis dahin brauchen wir aber eine zentrale Staatlichkeit in Afghanistan“. Den Druck auf die Taliban weiter zu erhöhen und gleichzeitig mit Aufständischen in Kontakt zu treten, sei eine Möglichkeit. Positiv sei, dass die internationalen Kräfte nun auch in den Regionen bleiben, wo sie nach Kämpfen Fuß gefasst haben, sie stärkten dort den Aufbau ziviler Strukturen. Und eine Hauptaufgabe sei es auch, „die Macht der Drogenbarone zu beenden“, so Arnold. 90 Prozent des Heroin auf dieser Welt kommen weiterhin aus Afghanistan.